

**Aus: t-online-Tagesanbruch vom 19.09.2023
von Christine Holthoff**

Kommentare von Dr. Manfred Pohl
zum Urlaubsland Italien und zu anderen Problemen in Europa

Immer mehr Flüchtlinge

... Woran Sie vermutlich nicht denken, ist eine Insel zwischen Sizilien und Tunesien. Auch sie bietet eigentlich beste Bedingungen für Touristen: ruhige Strände, seichtes Wasser, ab und zu schaut ein Delfin vorbei. Doch nach **Lampedusa** kommen die Menschen nicht zur Erholung. Sie kommen aus Verzweiflung und sie kommen in Massen. 5.000 Migranten erreichten die Insel zuletzt an nur einem Tag – fast genauso viele, wie sie Einwohner hat.

Wer diese Bilder von Italien sieht, kann leicht den Eindruck bekommen, die EU hätte die Kontrolle verloren. Hat sie ja auch – definitiv. Wollen wir etwa daran vorbeireden? Und tatsächlich liegt vieles im Argen: Deutlich mehr Menschen flüchten wieder irregulär nach Europa. Das Dublin-System, das die Verantwortung für Geflüchtete regelt, ist zusammengebrochen. Der ohnehin zynische Deal mit Libyen funktioniert nicht und Tunesien erhält von der EU bisher nur leere Versprechen. **Es kann nicht um einen „Deal“ gehen. Es kann nicht akzeptiert werden, daß Europa Geld bezahlen soll, damit die Flüchtlinge nicht kommen. Das ist so ähnlich, wie die Geschäftsidee in der Werbung: Ich soll für etwas bezahlen, was ich nicht haben will. Vielmehr muß Ihre Ausreise aus der Ursprungsregion unterbunden werden, die Schleuser müssen gestoppt werden.**

Was nun stattdessen passieren muss, hat mein Kollege Christoph Schwennicke hier erläutert.:

Immer mehr Flüchtlinge Europa muss sich endlich abschotten

"Neue Entschlossenheit" hat Alt-Bundespräsident Joachim Gauck in der Migrationskrise gefordert. Er hat recht, aber bleibt zu abstrakt. ...

Gaucks Satz vom großen Herzen und den begrenzten Möglichkeiten jährt sich kommende Woche zum achten Mal, wie auch all die Sätze großer Wirtschaftsbosse, die in den Septembertagen 2015 ein zweites Wirtschaftswunder mit den Booten übers Mittelmeer und die Balkanroute kommen sahen.

Pünktlich zum Jahrestag seiner Mahnung hat Bundespräsident a. D. Gauck seine Worte von damals nun in Erinnerung gerufen und neu paraphrasiert. Joachim Gauck hat sich für eine "neue Entschlossenheit" in der europäischen Flüchtlingspolitik ausgesprochen. Die Politik müsse entdecken, "dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausgereicht haben, um den Kontrollverlust, der offensichtlich eingetreten ist, zu beheben".

Eine "neue Entschlossenheit" müsse den Bevölkerungen in Europa den Eindruck vermitteln, dass die Regierungen handlungswillig und -fähig seien. **Nur „den Eindruck vermitteln“? Das ist schon wieder zu wenig, eine Worthülse, hört sich eher nach Täuschung der Öffentlichkeit an.** "Und dazu bedarf es offenkundig auch der Debatte neuer Wege und nicht nur das Drehen an Stellschrauben." **Die Bevölkerung wartet, bisher wurde nur geredet und nichts getan.**

Wir haben es nicht geschafft

Gauck hat recht, hatte auch damals schon recht, als er dem "Wir schaffen das!" der Kanzlerin seine Relativierung hinterherrief.

Acht Jahre später kann und muss man festhalten: Wir haben es nicht geschafft. Wir sind gescheitert. Wir, das heißt konkret: sowohl Deutschland als auch die Europäische Union. Zeitgleich mit Gaucks Äußerungen hat sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf dem europäischen Vorposten, der italienischen Insel Lampedusa, das Chaos berstender Aufnahmelager angeschaut. Das belegt: Europa wird der Migration so nicht Herr.

Der Kontrollverlust von 2015 hat in Wahrheit bis heute angehalten, war nur in Vergessenheit geraten, weil zwischenzeitlich etwas weniger Menschen übers Mittelmeer kamen. Und anderswo ein Krieg ausbrach. **Deutliche Einsichten, aber was nun? Übrigens: „Vergessenheit“ stimmt nicht. Für die Politik vielleicht, die Bevölkerung aber hat unablässig strengere Maßnahmen gegen den illegalen Zulauf verlangt.**

Mehr Geflüchtete als Einwohner: Eine Insel vor dem Kollaps

Gauck traut sich allerdings nicht zu sagen, was seine "neuen Wege" und seine "neue Entschlossenheit" denn konkret meinen. Daher müssen das nun andere tun. Und zwar schleunigst. Wenn die handelnde Politik die Migration nicht innerhalb kurzer Zeit einigermaßen in den Griff bekommt, dann droht nicht nur bei den Ost-Landtagswahlen im Herbst 2024, sondern auch bei der Bundestagswahl ein Jahr darauf ein politisches Desaster. Konkret: Eine AfD von 30 Prozent plus wie jetzt in Brandenburg ist dann auch bundesweit nicht mehr außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit. **Es droht nicht nur der Rechtsruck – das ist das geringere Übel – es droht das Chaos. Komplette Gesellschaftsstrukturen werden zusammenbrechen. Und wenn permanent Menschen, die das Migrationsdesaster deutlich ansprechen, ohne brauchbares Gegenargument rechtsradikal genannt werden, nenne ich das den Weg des geringsten Widerstands. Mit dieser Manie wären nämlich 65% der deutschen Bevölkerung, die der Auffassung sind, die AfD benenne deutlich unbequeme Wahrheiten, rechtsradikal. So simpel ist es gewiß nicht. Und nicht nur nebenbei droht zeitgleich die Europäische Union in die Luft zu fliegen.**

Zwei Dinge müssen jetzt passieren

Zwei Dinge müssen jetzt zeitgleich passieren: Erstens: Der Strom an Menschen, die übers Mittelmeer kommen, muss mit allen legalen Mitteln eingedämmt werden – **das reicht nicht – unterbunden muß er werden.** Zweitens: Diejenigen, die schon hier sind, müssen so schnell wie möglich in Arbeit gebracht werden. **Falsch. Menschen ohne Aufenthaltsrecht müssen zurückgeführt, abgeschoben werden.**

Beim ersten Punkt wird die Europäische Union nicht umhinkommen, sich den Ideen der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu öffnen und den Grenzschutz auf See robust, das heißt in letzter Konsequenz: auch mit der Marine, durchzusetzen. **Richtig. Nur so kann die Lösung aussehen.** Grenzschutz ist legitim und möglich, und eine existierende und gegen illegale Migration verteidigte Grenze ist konstitutiv für ein Gemeinwesen. Dieses Gemeinwesen wird nur intakt bleiben, wenn seine Bevölkerung das begründete Gefühl hat, dass Kontrolle herrscht. Man muss verhindern, dass Migranten unkontrolliert ihren Fuß auf europäischen Boden setzen. **Eindeutig. Nur damit kann die Kontrolle zurückerlangt werden. Und die halbe Million Flüchtlinge, die kein Bleiberecht haben und trotzdem immer noch hier sind, können von uns nicht mehr versorgt werden. Sie müssen das Land verlassen, notfalls auch unter Androhung von Haftstrafen.**

Zugleich gibt es internationales Recht, das erfordert, bei jedem Ankommenden zu prüfen, ob er oder sie ein Recht auf Asyl oder ein anderes Bleiberecht hat. Wenn nun offenbar alle Abkommen mit Tunesien und anderen Ländern nicht funktionieren, dann muss überlegt werden, wie schwimmende Asylzentren im Mittelmeer eingerichtet werden können. Die dann schnell entscheiden, wer einen Fuß auf europäischen Boden setzen darf und wer nicht. **Also es gibt Lösungen. Sie müssen nur endlich ausgeführt werden, und zwar bevor es zu spät ist. ...**

All das ist Nährboden für die Rechten – nicht nur in Italien. Auch hierzulande ist die AfD bedrohlich stark. Sie macht sich den Eindruck der Hilflosigkeit zunutze, warnt vor Zuwanderung in die Sozialsysteme und sieht Migration ausschließlich als Problem. **Leider aber ist es nicht nur der Eindruck, sondern eine vollständig ausgebildete Hilflosigkeit. Es ist ja so einfach, das Versagen der aktuellen Politik und ihrer Politiker als Nährboden für die Rechten zu definieren. Kann man übersehen, daß 65% der deutschen Bevölkerung der Meinung ist, die AfD spreche Dinge klar aus, die sonst niemand zu sagen wagt?** Die anderen Parteien, die für sich in Anspruch nehmen, auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen, könnten dem entgegenreten. Beispielsweise, indem sie sich Lösungen einfallen ließen für die Probleme in den Kommunen. Aber das lässt sich nicht so leicht in eine griffige Parole gießen. **Allein, man fragt sich, was das wohl heißen mag. Ist es etwa der Boden der freiheitlich-demokratischen Ordnung, ständig Bevölkerungsmehrheiten mit Füßen zu treten, die illegale Zuwanderung schönzureden, indem man den Kommunen Lösungen abverlangt, die nicht möglich sind? Griffige Parolen braucht man dazu nicht, man muß eher auf das Volk hören, das etwas ganz anderes verlangt: Die Unterbindung der illegalen Völkerwanderung.**

Besonders gut weiß das Markus Söder, der oberste Parolen-Politiker der Bundesrepublik. Also wiederholte er in der "Bild am Sonntag" nun sein Rezept für die aktuelle Migrationskrise. Es ist, Überraschung: eine Obergrenze für Flüchtlinge. Wie die CSU sie bereits 2022 forderte. Und 2021. Und 2020. **Die unfreundlichen Titulierungen für Söder lassen gewiß den journalistischen Anstand vermissen. Dennoch: Eine**

Obergrenze für Flüchtlinge ist keine Lösung, sondern das Zurückweichen vor den Problemen. Damit hört der illegale Zulauf nicht auf, er wird nur mäßig begrenzt. Beherrscht werden kann die Situation nur dann, wenn illegale Zuwanderer europäischen Boden nicht betreten können, bevor nicht ihr Bleiberecht geklärt ist. Denn diese Art der Einwanderung ist eine Straftat. Wer es dennoch tut, muß inhaftiert werden, sofern er nicht unverzüglich das Land wieder verläßt. Die nächste Stufe wäre dann wohl eine Forderung nach Grenzsicherungen. "Hauptsache, weniger kommen rein", könnten Söder und weite Teile der Union auch sagen. Diese platte Politik ist billig. Und außerdem ziemlich dumm. Denn am Ende wählen die Leute lieber das Original: **die AfD**. Und bei denen wird auch mal über einen Schießbefehl an der Grenze sinniert. Mit solchen spekulativen Darbietungen sollen wohl die Kritiker der gegenwärtigen Flüchtlingspolitik demontiert werden. Allenfalls sind es kontraproduktive Äußerungen, die gar nichts bringen. Zudem sind sie unsachlich und falsch.

Es ist richtig, dass die Bevölkerung "ein Bedürfnis nach Überschaubarkeit und Sicherheit" hat, wie der frühere Bundespräsident **Joachim Gauck** in der ZDF-Sendung "Berlin direkt" sagte. **Na, welch ein Lichtblick! Wenn es denn richtig ist, warum geschieht dann nichts? Warum wird die Bevölkerung hingehalten, beschwichtigt, getäuscht und ausgebootet, wenn sie ihre mehrheitliche Meinung durchzusetzen verlangt? Ist die Bevölkerung gehalten, der Politik zu folgen oder ist es eher entgegengesetzt? Und natürlich muss dieses Bedürfnis befriedigt werden. Doch die Obergrenze, die nun rauf und runter diskutiert wird, vergrößert das Zerrbild, dass bei der Migration alles nur schlecht laufe in Deutschland. Soll das etwa mit der Konstruktion eines „Zerrbildes“ bestritten werden? Es läuft alles nur schlecht in der deutschen Flüchtlingspolitik. Das ist eine Tatsache. In Wahrheit braucht es einen klareren Blick. Der „klarere Blick“ ist vorhanden, nur eben nicht in der Politik. Wir brauchen keine Obergrenze, sondern die Unterbindung der illegalen Einwanderung. Das ist der klare Blick, einen klareren gibt es nicht. Eine bessere Auseinandersetzung damit, wie die Einwanderung in unserem Land wirklich gehandhabt wird. Wenn die Politik nichts anderes anstrebt, als „bessere Auseinandersetzung“, die ja ganz unverhohlen das Ziel verfolgt, auch weiterhin den Willen der Mehrheit zu ignorieren, ist es wohl kaum verwunderlich, wenn jene sich von dieser Politik abwendet. Zu beklagen ist hierbei auch die Gleichschaltung der Medien mit dem Regierungskurs, was ich als eklatanten Demokratieverlust ansehe. Nichtregierungskonforme Beiträge werden als rechtspopulistisch diffamiert und aus den meisten großen Medien des Landes verdrängt.**

Für den „klareren Blick“ liefern die nachfolgend aufgereihten sieben Zitate, die allesamt untaugliche Beschwichtigungsversuche sind, keinen brauchbaren Beitrag. Sie fördern den Zorn der Bevölkerung, die genug hat von solch unnützen Vorschlägen und von dieser ausufernden antiautoritären Schmusepolitik. Sprachlich muß ich vorab auf einen in den Zitaten wiederholt auftretenden terminologischen Fehler aufmerksam machen: Es geht stets um Flüchtlinge und nicht um „Geflüchtete“, die ein völlig anderer Personenkreis sind. Geflüchtete sind hier nicht der Diskussionsgegenstand. Genauere sprachwissenschaftliche Erklärungen können an anderen Stellen auf meinem Portal gefunden werden.

- **So gibt es beispielsweise viele Kommunen, die durchaus klarkommen und von denen andere lernen könnten.** Die Forschungsgruppe Migrationspolitik an der Uni Hildesheim belegt: Von "Lage sehr angespannt" über "Können wir noch handeln" bis "Eigentlich haben wir genug Kapazitäten" ist alles bei den deutschen Städten und Gemeinden vertreten.
- **Natürlich spielt dabei eine Rolle, ob der Mietmarkt schon angespannt ist oder Städte auf viele leer stehende und günstige Wohnungen zugreifen können.**

Doch auch unter schwierigeren Bedingungen hilft es den Forschern zufolge, wenn die Kommunen das Problem aktiv angehen. Und zwar nicht, indem sie Söder kopieren, die Hände kapitulierend in die Luft strecken und "Wir schaffen das nicht" stöhnen. Sondern: in kleinen Teams selbst auf Wohnungssuche gehen, dabei Ehrenamtliche einbinden, mit Kirchen und Moscheen zusammenarbeiten.

- **So ließen sich häufig Großunterkünfte vermeiden**, was für die Stadt gleich zwei Vorteile habe: Proteste von Anwohnern würden unwahrscheinlicher und die Migranten müssten nicht alle von derselben Schule, Kita oder Arztpraxis aufgenommen werden. Den Geflüchteten selbst ermögliche eine eigene Wohnung ein schnelleres Ankommen im neuen Land. Sie fänden leichter Anschluss, lernten früher die Sprache und hätten damit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Lösung ist nicht immer der eine große Wurf, sondern manchmal auch das gut koordinierte Klein-Klein.
- **Und noch etwas hilft dabei:** Städte, die seit 2015 an ihren Flüchtlingssozialarbeitern und Ehrenamtskoordinatoren festgehalten haben, sind jetzt klar im Vorteil. **Deutschland täte gut daran, Integration zu einer kommunalen Pflichtaufgabe zu machen.** Denn mit der Pflicht geht auch der Zugang zu finanziellen Mitteln einher.
- **Länder wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bieten bereits freiwillig Förderprogramme an.** So gibt es etwa in jeder ausreichend großen Kommune Integrationsbeauftragte und Einzelfallbegleitung für Geflüchtete. Andere Städte haben **Dolmetschernetzwerke** aufgebaut, die bei Behördengängen helfen, oder stellen **Mentoren**, die selbst Migrationshintergrund haben und geflüchtete Familien durch das komplizierte Schulwesen begleiten.
- **Auf solche Erfolgsgeschichten schauen wir viel zu wenig.** Dabei wäre Nachahmen dringend nötig. Ächzt Deutschland doch unter einem Mangel an Arbeitskräften – und das längst nicht nur im gut ausgebildeten Bereich. Das weiß jeder, der sich durch eine x-beliebige deutsche Stadt bewegt: Da hat das Restaurant plötzlich zwei Ruhetage, weil Köche und Kellner fehlen, im Supermarkt bleibt die zweite Kasse trotz langer Warteschlange dicht und der Bus fällt aus, weil kurzfristig kein Ersatz für den erkrankten Fahrer zu finden war.
- **Es stimmt daher immer noch, was Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel einmal sagte:** Der Großteil der Geflüchteten ist nach Jahrzehnten niedriger Geburtenraten und Überalterung nicht das Problem, sondern die Lösung. Übrigens nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte EU. **Tandaradei!**

Dieses ganze Gerede mit den vielen antiautoritären Parolen und der Heuchelei vom Mitgefühl, von Integration, über die Bewältigung der Flüchtlingskrise und bei der Überwindung des Arbeitskräftemangels ist lange schon nicht mehr vertretbar. Es ist die Ursache für den Unmut der Bevölkerung, weil immer wieder die Aussage zelebriert wird: „Kommt nur alle her, wir sorgen für euch.“ Dadurch werden die europäischen Sozialsysteme unterwandert, insbesondere das deutsche, indem Menschen auf lange Dauer überfinanziert werden, die kein Aufenthaltsrecht haben, aber aus nicht glaubhaft erklärten Gründen noch immer hier sind. Es sind falsche Signale, mit denen Flüchtlinge angelockt werden. Die meisten Flüchtlinge fliehen nicht aus lebensbedrohlichen Situationen, sondern dringen mit dem erklärten Ziel ein, ein besseres Leben haben zu wollen. Das jedoch ist **kein Asylgrund**. Erkennbar ist das auch an der Massenerscheinung von Flüchtlingen, die ohne persönliche Ausweisdokumente ankommen und dann mit unglaublichen Angaben über ihre Herkunft und ihren Status aufwarten, mit einem Wort, die uns belügen. Das bessere Leben gestalten sie sich hernach ohne eine

Gegenleistung mit Hilfe unseres Sozialsystems, das zum Nachteil der eigenen Bevölkerung großzügig Geld verschenkt und auf diese Weise Deutschland als Schlaraffenland erscheinen läßt. Dieser Unsinn muß beendet werden. Man muß hier auch sagen, es ist eine hanebüchene Unlogik, daß Asylbewerber bis zum Abschluß des Verfahrens nach „gesetzlichen“ Bestimmungen nicht arbeiten **dürfen**. Was sind das nur für Gesetze! Jeder Mensch muß zum Erwerb seines Lebensunterhaltes einer Arbeit nachgehen, gleichgültig wo. Nur Ausländer in Deutschland müssen das nicht. Jede Art der Suche nach positiven Momenten bei der sogenannten „Bewältigung“ der illegalen Völkerwanderung ist ein unzulässiger Versuch ihrer Legalisierung. Es ist nicht das Gebot, die Flüchtlingsströme **bewältigen** zu wollen, sondern sie zu **unterbinden**. **Wir** müssen bestimmen, wer bei und einreist, nicht die Flüchtlinge und nicht die Schleuser. Das ist ganz einfach eine Frage der Souveränität. Möglichkeiten existieren, sie sind weiter oben beschrieben. Die Ströme belasten zum Beispiel gegenwärtig das deutsche Sozialsystem mit mehr als 30 Milliarden Euro jährlich, Tendenz steigend, während an wichtigen Stellen im Lande das Geld verweigert wird. Und das Gerede, durch Zuwanderung dem Fachkräftemangel begegnen zu wollen, ist reine Augenauswischerei. Fachkräfte sind unter den Flüchtlingen kaum zu finden. Die müssen wir selbst ausbilden, wenn wir es denn finanzieren können und wollen, oder wir müssen sie gezielt einladen, ohne dabei die Fachkräftebasis im Herkunftsland zu schwächen. Das ist das Gebot der Stunde. Eine Fachkraft, die bei uns arbeiten will, kümmert sich im Herkunftsland um ihre Einreisegenehmigung und ihren Einsatzort, sie kommt nicht über das Mittelmeer oder den Balkan.

Wenn wir all diese beschriebenen Maximen nicht durchsetzen, wird uns das Problem böse auf die Füße fallen. Der dann folgerichtig einsetzende Rechtsruck in der Politik wird uns dabei weniger zu schaffen machen als das unabwendbare Chaos in Deutschland und in Europa.